

Medienberatung und -beeinflussung durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1949–1969)

Dunkelfelder der Bonner Republik

Heiner Stahl

Die Bonner Republik ist eine Nachgeschichte des Nationalsozialismus. Oder, um es genauer zu fassen: In der 1949 gebildeten Bundesrepublik Deutschland konkurrieren unterschiedliche Nachgeschichten der nationalsozialistischen Herrschaft und Diktatur. Manche verknüpfen und kreuzen sich, wenige erlangen Deutungsmacht. Viele verschwinden aus dem öffentlichen Interesse und den Gewichtungen medialer Berichterstattung. Sie werden marginalisiert, treten in den Hintergrund und geraten für bestimmte Zeit in Vergessenheit. Tagesaktualitäten formen die Verläufe und Schleifen von Aufmerksamkeit.

Diese Nachgeschichten stecken auch und gerade in Behörden und Bundesministerien. Schließlich erzeugt und speichert die Verwaltung von Staatsangelegenheiten Wissen, das anschließend noch abrufbar ist, aktuell gehalten bleibt und das Zurückliegende mit dem Gegenwärtigen verschmelzen lässt. Die Praktiken der Verwaltung sind auf Dauer und Überzeitlichkeit gerichtet, dennoch findet das Temporäre darin durchaus seinen Platz. Um diese Beziehungen und Verhältnisse für eine Neubewertung der Bonner Republik und autoritären Kanzlerschaften Adenauers, Erhards und Kiesingers befragbar zu machen, beginnt dieser Beitrag zunächst damit, das geschichtswissenschaftliche und öffentliche Interesse an der Behördenforschung zu skizzieren. Im zweiten Schritt werden die Nachgeschichten gouvernementaler Öffentlichkeitsarbeit in den 1950er und 1960er Jahre dargestellt, auf deren Belastungen verwiesen und in einem kommunikativen, medialen, journalistischen und vor-öffentlichen Verwaltungsraum verortet, der hier als »Kontaktzone Bonn« bezeichnet wird. Anschließend zeigen diese Ausführungen drittens, wie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in und mit Medien und

der Öffentlichkeit arbeitete, welche Praktiken und Wissensbestände dabei fortgeführt und entwickelt wurden, was die zuständigen Personen an neuem Wissen zuließen und in die Bewältigung ihrer beruflichen Aufgaben hinzufügten sowie gegen welche Inhalte und Sichtweisen sie sich – mehr oder weniger erfolgreich – abschirmten.¹

Behördenforschung in der Bundesrepublik Deutschland: Skizze einer Forschungskonjunktur

Außenminister Josef Fischer beauftragte 2002 eine Unabhängige Historikerkommission damit, das Auswärtige Amt während des nationalsozialistischen Regimes zu untersuchen und unter anderem dessen unterstützende Rolle bei der Deportation von Jüdinnen und Juden aus Europa in die Konzentrationslager herauszuarbeiten.² Bis dahin hatten sich sämtliche Bundesregierungen in dieser Hinsicht bedeckt gehalten. Die einzelnen Ministerien konnten eine Aufarbeitung ihrer spezifischen Verwaltungs- und Personalvergangenheiten erfolgreich hinauszögern. Während der gesamten Bonner Republik blieben personelle, administrative und mentale Verstrickungen mit der nationalsozialistischen Ideologie unhinterfragt. Niemand drängte darauf, dass solche Zusammenhänge tatsächlich zu einem Gegenstand öffentlicher und geschichtswissenschaftlicher Auseinandersetzung werden konnten und sollten. Wozu brauchte es weitere Entnazifizierungen, wenn doch alle Beteiligten immer schon lupenreine Demokratinnen und Demokraten waren. Erst im Verlauf der 2010 Jahre wurde schrittweise mit der Aufarbeitung der ministeriellen Geschichten begonnen.³ Einzelne Ministerien beauftragten ausgewählte Forschungsinstitute, um blinde Flecken der eigenen institutionellen Vergangenheit auszuleuchten und positive Vorbilder bundesrepublikanischer Staats-, Verwaltungs- und Demokratiegeschichte zum Strahlen zu bringen. Zugleich kamen mentalitätsgeschichtliche Fortschreibungen zum Vorschein, die noch wesentlich stärker als ursprünglich vermutet in den Denkfiguren

-
- 1 C. Garnert: »Public Service Personnel in West Germany in the 1950s.«, in: *Journal of Social History*, S. 25–80.
 - 2 E. Conze/N. Frei/P. Hayes/M. Zimmermann: *Das Amt und die Vergangenheit*; J. Hürter/M. Mayer: *Das Auswärtige Amt*.
 - 3 C. Mentel/N. Weise: *Die zentralen deutschen Behörden*; Diess.: »Die NS-Vergangenheit deutscher Behörden«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*; C. Mentel: »Drei Vorschläge für eine zukünftige Behördenforschung«, in: *Zeitgeschichte-online*.

und Vorstellungswelten der Zwischenkriegszeit, also des Zeitraumes zwischen 1919 und 1939, verhaftet blieben.⁴ Das Offenlegen dieser Kontinuitäten besaß für sich genommen geschichtspolitische Sprengkraft. Eine Vielzahl von Veröffentlichungen, Zeitungs-, Radio- und Fernsehinterviews, Buchrezensionen, Berichterstattungen⁵, Pressemitteilungen, Ankündigungen und Tagungen⁶ begleitete diese Erkenntnisse und überführte sie in den öffentlichen Diskurs. So hatte z.B. eine parlamentarische Anfrage der Fraktion »Die Linke« im Frühjahr 2015 Fragen zu den institutionellen Abläufen angestoßen.⁷ Ein Jahr später, am ersten Juni 2016, fand dazu eine öffentliche Anhörung im Ausschuss für Kultur und Medien des Bundestages statt.⁸ Bereits nach der Sommerpause hatte die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien ein »Forschungsprogramm zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zentraler deutscher Behörden« aufgesetzt, öffentlich ausgeschrieben und schließlich im darauffolgenden Sommer 2017 ausgewählt und bewilligt.⁹ Daraus sind inzwischen zahlreiche Monografien entstanden, erschienen bzw. angekündigt.¹⁰

Kontaktzone Bonn: Fortführungen, Blockaden, Aufbrüche, Bewegungen und Disziplinierungen

In der Kontaktzone Bonn war Belastetheit eine Ressource. Sie beginnt wesentlich früher und unmittelbarer als das, was in anschließenden Spruchkammerverfahren unter Mitläuferin und Mitläufer verstanden oder in Gerichtsverfahren

-
- 4 M. Görtemaker/C. Safferling: Die Akte Rosenburg; S. Creuzberger/D. Geppert: Die Ämter und ihre Vergangenheit; F. Bösch/A. Wirsching: Die Hüter der Ordnung; H. Möller/J. Bitterlich/G. Corni/F. Kießling/D. Münkel/U. Schlie): Agrarpolitik im 20. Jahrhundert.
 - 5 A. L. Werner: »Die zentralen deutschen Behörden nach dem Nationalsozialismus«, in: H-Soz-Kult.
 - 6 Bundesarchiv: Pressemitteilung »Zentrale deutsche Behörden und der Nationalsozialismus«; »Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus«, in: H-Soz-Kult.
 - 7 Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/4628.
 - 8 C. Mentel/N. Weise: Stellungnahme. Öffentliche Anhörung am 1. Juni 2016 zum Antrag der Fraktion DIE LINKE.
 - 9 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Pressemitteilung. 14.08.2017.
 - 10 S. Palm: Fördern und Zensieren; J. Ruhkopf, Jan: Institutionalisierte Unschärfe; A. Schwarz/H. Stahl: Kontaktzone; J. Braun/N. Freund/C. Mentel/G. Take: Das Kanzleramt.

ren als Täterin oder Täter markiert wurde. Sie ist unscheinbar, aber deshalb nicht weniger problematisch oder prägend. Belastetheit sammelten diejenigen, die davon profitierten, dass Deutsche, die ab 1933 zu Jüdinnen und Juden erklärt wurden, keine Universität mehr besuchen und dort keinen Abschluss mehr machen konnten, bevorzugt diejenigen, die das seit 1. Januar 1934 eingeführte Reichsschriftleitergesetz erfüllten und einen Ariernachweis vorlegen konnten. Der Begriff, fokussiert auf das erfolgreiche Funktionieren in den Umgebungen der nationalsozialistischen Medien-, Nachrichten-, Bild- und Filmindustrie und darauf, die eigenen Vorteile als gegebene Berechtigungen zu begreifen. Belastetheit schuf Vertrauen und ermöglichte Zusammenarbeit mit und unter arisch und volksgemeinschaftlich gedachten ›Deutschen‹. Das hat inzwischen eine Vielzahl geschichtswissenschaftlicher Arbeiten gezeigt und ausführlich dargelegt.¹¹ Die jungen Institutionen der bundesrepublikanischen Demokratie waren in medialen Sichtweisen eingefasst, die journalistische Berichterstattungen als Bedrohungen von Ordnung und staatlicher Sicherheit auffassten und die Freiheit von Presse, Rundfunk und Fernsehen erst verinnerlichen und zu schätzen lernen mussten. Für dieses Miteinander soll im Folgenden der Begriff der Kontaktzone fruchtbar gemacht werden. Mary Louise Pratt führte ihn 1991 ein und bezog ihn ursprünglich auf künstlerische Begegnungsorte und literarische und geografische Konfrontationen, die in unausgewogenen Machtverhältnissen gründeten. Hier wird er abgewandelt und dazu genutzt, um mentale, physische, räumliche, zeitliche, erinnerungspolitische, topografische oder medienökologische Konstellationen im nach-nationalsozialistischen Westdeutschland zu erfassen und zu beschreiben.¹²

-
- 11 L. Niethammer: Die Mitläuferfabrik; U. Herbert: Wandlungsprozesse in Westdeutschland; A. Schildt: Medien-Intellektuelle; H. Leßau: Entnazifizierungsgeschichten.
 - 12 M. L. Pratt: »Arts of the Contact zone«, in: Profession, S. 33–40; M. C. Frank: »Contact zone«, in: A. Nünning, Metzler Lexikon, S. 109–110; N. Sternfeld: Kontaktzonen; Dies.: »Errungene Erinnerungen: Gedenkstätten als Kontaktzonen«, in: D. Allmeier, Erinnerungsorte in Bewegung, S. 77–100; G. von Bülow: Kontaktzone Balkan; M. Holdenried: »Kontaktzone (>Contact zone)<«, in: D. Götsche/A. Dunker/G. Dürbeck, Handbuch, S. 175–177; J. Griem: »Wissenschaftskommunikation als Kontaktzone und Kontaktszene«, in: Zeitschrift für Literaturwissenschaftliche Linguistik, S. 423–441.

Abb. 1: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, ca. 1968/69, Aufnahme des Fotografen Peter Strack (1929–2017).



Bestand DC 11: Nachlass Peter Strack, Stadtarchiv Bonn, abgedruckt mit freundlicher Genehmigung von Stadtarchiv und Stadthistorische Bibliothek Bonn.

In ihnen korrespondieren und konkurrieren Austausch, Bedeutung, Wissen und Praktiken miteinander. Lesarten von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und deren jeweilige Deutungen kreuzen sich darin. Medienbilder und -sprachen beziehen sich aufeinander oder bleiben in strikten Abgrenzungen dennoch miteinander verbunden.¹³ Das Temporäre verfestigte sich und formte die Gegenwart. Im Nachgang auf den alliierten Sieg über das faschistische Regime bildeten sich gerade in der Bonner Kontaktzone rund um das Nachrichtennetzwerk Korridore des Ungefährten und Unabgeschlossenen. Durch sie flossen Kommunikationsströme von Verlautbarungen und Selbstbezeichnungen. Praktiken, wie die Massen, also die Bevölkerung und die Wählerinnen und Wähler, zu führen waren und geführt werden sollten,

¹³ A. Appadurai: Modernity at large.

entstanden in verschiedenen Bereichen. Altbewährtes traf auf ›neues‹ Wissen und dann noch auf die Transfers, die die re-education-Initiativen der alliierten Sieger und Besatzungsmächte in der Öffentlichkeit platzierten und dort regelrecht ›hineindrückten‹. Dieses Arbeiten mit und in Medien sollte gegen äußere und innere Gefährdungen der Demokratie und der Nachkriegsgesellschaft abschirmen. Der Umgang mit gegenläufigen Meinungen und Argumentationsfiguren, den die Akteurinnen und Akteure der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Zwischenkriegszeit, und damit sind ausdrücklich die Jahre zwischen 1919 und 1939 gemeint, erlernt hatten, formte sich nur zögerlich zu einem Wissen um, welches Opposition als Notwendigkeit in einem parlamentarisch-repräsentativen politischen System und einer Nachkriegsdemokratie akzeptierte. Erst dann gelang es, die autoritären Staats- und Politikverständnisse und die daraus resultierenden Konfrontationen als etwas zu deuten, das das demokratische Wissen und die darin enthaltenen Verfahren förderte und die Grundlagen dafür schuf, die Nachkriegsgesellschaft als Erfolgsgeschichte erstrahlen zu lassen und die Erzählungen der historisch-politischen Bildungsarbeit darauf auszurichten.

Hans-Walther Betz und die Abteilung V (Film, Funk, Fernsehen) des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung – Einblicke in ein Aufgabenfeld 1952, 1955 und 1965

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bildete im Herbst 1952 eine zusätzliche, aus der Abteilung Inland herausgelöste Abteilung V, die einerseits die Beziehungen zur Filmwirtschaft festigen und andererseits die Kontakte zu den Intendanten und Chefredaktionen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten pflegen sollte. Hans-Walther Betz (*1902), der seit 1930 Chefredakteur der Zeitschrift »Der Film« war und als Publizist Mitdenker der nationalsozialistischen Filmpolitik,¹⁴ betreute sämtliche Vorgänge, die sich mit Filmproduktionen aller Art beschäftigten, insbesondere die Entwicklung und Umsetzung von Drehbüchern von Dokumentarfilmen über die Leistungen Westdeutschlands, und für deren Herstellung das Presse- und Informationsamt Steuermittel aus dem Haushaltstitel 300 (Förderung des Informationswesens) zur Verfügung stellte. Betz kannte sein Geschäft

14 W. Jacobsen: »Einführung«, in: CineGraph Babelsberg.

und diejenigen, mit denen er in den 1950er Jahren wieder zusammenarbeitete. Schließlich bewegte er sich in den 1930er Jahren im Dunstkreis der nationalsozialistischen Filmindustrie, ihren Produktionsgesellschaften und manipulierenden Filmkritiken, Werbekampagnen und Filmförderung. Betz hatte also dabei geholfen, den ›deutschen‹ Film als Propagandainstrument zu etablieren, die berufliche Ausgrenzung von als jüdisch markierten Filmschaffenden zu rechtfertigen und die personellen Säuberungen in den Filmstudios von Babelsberg, München, Prag und Wien für gültig zu erklären.¹⁵ Natürlich besaß er Kontakte zur Reichsfilmkammer, also ins Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und zu denjenigen, die im Dienste der NSDAP-Reichspropagandaleitung Drehbücher schrieben und Filmaufnahmen umsetzten. Die Berufserfahrungen und Wissensbestände, die Betz einbrachte, passten genau in das Anforderungsprofil, welches ein Filmreferent des Presse- und Informationsamtes mitbringen musste.¹⁶ Betz war also 1950 lange genug dabei, um alle diejenigen zu kennen, die ihr Filmschaffen ästhetisch und hinsichtlich des Gebrauchswertes für die staatliche Öffentlichkeitsarbeit und audiovisuelle Informationspolitik korrumpiert hatten.¹⁷ Nach 1950 vertrat er die Interessen des Presse- und Informationsamtes in den Aufsichtsräten verschiedener Filmproduktionsgesellschaften. Darunter fiel beispielsweise die Deutsche Wochenschau GmbH.¹⁸ Der Filmreferent ersetzte dort gelegentlich den Juristen Dr. Franz Mai (*1915), der zunächst in der Zentralabteilung die Personalangelegenheiten und Honorarverträge abwickelte und einige Jahre später zum ersten Intendanten des Saarländischen Rundfunks gewählt werden sollte. Betz kümmerte sich ebenfalls um die Belange der Filmpublizistik und -kritik, die sich in der Nachkriegsgesellschaft und in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik gerne für volkerzieherische Abschirmungen gegenüber schädlichen, ideologisch gefährlichen und die Sitten, Moral und das gesunde Volksempfinden zersetzenden Einflüssen vermeintlich ›schlechter‹ Filme einsetzte.¹⁹ Von Betz ausgehend böte es sich unbedingt

15 H.-W. Betz/C. Neumann/C. Belling: Film-»Kunst«.

16 Eine NSDAP-Parteimitgliedschaft ließ sich für ihn nicht ermitteln. Anscheinend hatte sich Betz weder um eine Mitgliedschaft in der Reichspressekammer noch in der Reichskulturkammer bewerben müssen. Das konnte nur dann der Fall sein, wenn es sich bei der von ihm verantworteten Filmwerbezeitschrift um eine Veröffentlichung der Presseabteilung des Ufa-Konzerns handelte.

17 A. Schwarz/H. Stahl: Kontaktzone, S. 277–281.

18 R. Aurich: Die Degeto.

19 G. Binz: Filmzensur.

an, die Beteiligungen des Presse- und Informationsamtes an der wirtschaftlichen Stabilisierung und der inhaltlichen Ausrichtung von Filmstoffen in den 1950er und 1960er Jahren zu untersuchen und die bundesrepublikanische Filmlandschaft einer kritischen Bewertung zu unterziehen. Daran knüpfen sich zudem Fragen nach der Ausgrenzung von Re-Emigranten sowie von Filmproduzentinnen und -produzenten, die sich als jüdisch bezeichneten.²⁰ Schließlich formen die genutzten Sujets, Bilder, Töne, Kameraeinstellungen und -fahrten weiterhin das Rohmaterial für Dokumentarfilmstoffe und werden noch immer in Public History-Formaten ohne zusätzliche Erläuterungen als zeitgenössische Einrahmung verwendet. Betz' Schaffen und seine Netzwerke wirken also bis in die Gegenwart nach.

Einflussnahme, Unsicherheit und Verzögerung. Das Beispiel der »Briefe an die Bundesregierung« im Programm des Süddeutschen Rundfunks (SDR) Stuttgart

Im Dezember 1952, kurz vor Weihnachten, weilte der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Dr. Fritz Eberhard, in Bonn. Eberhard, der eigentlich Adolf von Rauschenplat hieß, und ein antifaschistischer Widerstandskämpfer war, der das nationalsozialistische Regime mit Gewalt und nachrichtendienstlichem Geschick zu bekämpfen versuchte und schließlich im britischen Exil die NSDAP-Herrschaft überlebte, traf sich mit württembergischen Abgeordneten von CDU, SPD und FDP. Im »Bundestags-Restaurant« sprach er mit Dr. Richard Kappen (*1912), der als Rundfunkreferent der Abteilung V des Presse- und Informationsamtes Kontakte in die westdeutschen Hörfunk- und Fernsehanstalten pflegte. Kappen war demnach »zu mir [Eberhard, Anm. des Verfassers] an den Tisch« gekommen und versicherte, dass er »im Januar unserem Herr Dietrich [Wolf Dietrich, der das Bonn-Büro als Hauptstadtkorrespondent des SDR leitete, Anm. des Verfassers] Material geben« werde, »woraus dann die erste Sendung entstehen könnte, die Briefe an die Bundesregierung beantwortet.«²¹

Das Format wurde Ende 1952 geplant und im April 1953 zum ersten Mal ausgestrahlt. Die Briefwechsel von der Idee bis zur Umsetzung zeigen die Bü-

20 J. Praetorius-Rhein/L. Wohl von Haselberg: Einblendungen.

21 SWR, HA SDR, 00–00457, Fritz Eberhard, Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Akten-Notiz, Betr.: Bundespresseamt, Stuttgart, 19.12.1952, Bl. 142.

rokratie, in die solche Formate, mit denen Bundes- und Landesregierungen versuchten, erstmals auf die Neuen Medien als Foren der Demokratie zu reagieren, eingebunden waren. So war das Konzept zügig umgesetzt worden, Genehmigungsprozesse und Unsicherheiten in der Behörde verzögerten aber die Freigabe für die Ausstrahlung. Die Briefe zu diesen Vorgängen zeigen einerseits die Unsicherheit in der Behörde mit der neuen Öffentlichkeit, andererseits Unklarheiten in den Entscheidungsbefugnissen. Auch die Recherche über Gründe für die und Schuldige der Verzögerung gehört in diesen bürokratischen Prozess.

Gegenüber Eberhard betonte Kappen Ende März 1953 die Vorarbeit, die seine Abteilung bereits geleistet hatte, um Dietrich mit Stoff zu versorgen, der abgestimmt und somit zitierfähig gemacht worden war: »Die Auskünfte und Antworten, die wir aus den Ministerien beschaffen, sind jedoch Rohmaterial. Seitens der Redaktion kann dies je nach den funktischen Erfordernissen mehr oder weniger umformuliert werden.«²² In diesem Fall gestattete das Presse- und Informationsamt solche Bearbeitungen. Immerhin fertigte das Bonn-Büro des SDR das Tonband noch selbst an, was sich im Laufe der Zeit ebenfalls änderte. Dieses Vorgehen sowie die unbedingte Feststellung von Fehlverhalten und Gründen für Verzögerungen kosteten beide Kooperationspartner sehr viel Zeit.

Mitte April 1953 wandte sich Kappen erneut an Eberhard. Inzwischen hatte der SDR die Sendefolge ausgestrahlt. Kappen teilte dem Medienmanager mit, dass die Sendung »Fragen Sie die Bundesregierung« »ein Erfolg war«²³, 80 Hörer hatten brieflich darauf reagiert. Die SDR-Politikredaktion hatte dafür ein Zeitfenster im Programm freigemacht und diese Produktion dort platziert und ausgestrahlt. Er hakte nach, wann die nächste Sendung folgt und »in welchen Abständen dann die Sendungen laufen werden. Ich erlaube mir vorzuschlagen, daß Sie zunächst 14täglich donnerstags von 19.45 bis 20.00 Uhr das Postfach senden.«²⁴ Zeit, Tag, Frequenz und mögliche Verstetigungen benannte Kappen und deutete an, dass er das Sendeschema des SDR genau verfolgte. Darüber, ob Akteure gouvernementaler und staatlicher Öffentlichkeitsarbeit überhaupt in dieser Weise als »Partner« von

22 SWR, HA SDR, 00–00457, Dr. Richard Kappen an Fritz Eberhard, Betr.: Sendung Fragen Sie die Bundesregierung, Bonn, 27.03.1953, Bl. 140.

23 SWR, HA SDR, 00–00457, Kappen an Eberhard, Fragen Sie die Bundesregierung, Bonn, 17.04.1953, Bl. 137.

24 Ebd.

nominell staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auftreten sollten, brauchte anscheinend gar nicht mehr gesprochen oder gar gestritten zu werden. Oder anders formuliert: Solange Eberhard hier Zugriff gestattete und Raum gewährte, konnte er an anderen Stellen des Programms oder bei Berichterstattungen, die zu Kontroversen mit und Einsprüchen durch das Presse- und Informationsamt führten, auf diese Formen gelungener Kooperation verweisen und sich in Einzelfällen vor seine Journalistinnen und Journalisten stellen. Zum Tagesgeschäft des Rundfunks gehörte es, ständig Aushandlungen und Abwägungen vorzunehmen und durch die Unwägbarkeiten der medien- und informationspolitischen Befindlichkeiten zu navigieren. In diesem Brief bekräftigte Kappen, dass er die Einstellung eines Journalisten (Pfeiffer) beim Süddeutschen Rundfunk vollumfänglich begrüße. Er hatte erfahren, dass der Stuttgarter Sender diese Entscheidung erwog und hielt den früheren Chefredakteur der Deutschen Soldaten-Zeitung für einen »guten politischen Redakteur«, der über die Struktur der Soldatenverbände Bescheid wisse. Woher dieses Wissen stammte und aus welchen Tätigkeiten und Erfahrungen es sich bei Pfeiffer speiste, interessierte Kappen schlichtweg nicht. Es konnte sich um jene Zeitung handeln, die zwischen 1939 und 1945 Wehrmachtssoldaten aller Einheiten und Waffengattungen mit ideologischer Werbung versorgte und um dessen Nachfolgeblatt, welches das rechtsoffene und deutschnationale Milieu der frühen Bundesrepublik mit Aufforderungen zur mentalen Abwehrbereitschaft bediente. Für Eberhard war es wichtig, dass das Programm seines Senders vielstimmig war und sich darüber Ausgewogenheit demonstrieren ließ. Für Kappen erwies es sich als hilfreich, solche Überschneidungen von Wissen und das Betonen von Wünschen als sein eigenes, professionelles Kapital einzusetzen und auf diese Weise das Hineinwirken des Rundfunkreferates in die öffentlich-rechtlichen Sender zu bewirtschaften.

Dr. Richard Kappen: Einflüsterer für Rundfunkproduktionen und Berater bei Besetzungsfragen

Wie bereits eingehend erläutert, leitete Dr. Richard Kappen in den 1950er Jahren die Rundfunkredaktion der Abteilung Film/Funk/Fernsehen. Er beauftragte seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Tonbandsendungen herzustellen, O-Töne von Experten aus den Fachabteilungen der einzelnen Ministerien einzuholen, diese redaktionell aufzubereiten und inhaltlich auf tagesaktuelle

Bedarfe hin auszurichten. Bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ging Kappen mit diesen vorgefertigten Bändern hausieren und stellte dabei stets die kostenfreie Ausstrahlung in Aussicht.

Kappens Vorgeschichte ist gelinde gesagt schwierig. Sie passt in keines der gängigen Muster, weil sie zwischen frühzeitiger Verstrickung und rechtzeitiger Loslösung pendelt. In ihr vermischen sich Belastetheit und Aufbegehren. Er beantragte bereits im Dezember 1931 eine Parteimitgliedschaft im Gau Köln-Aachen der NSDAP (Mitgliedsnummer 695 475).²⁵ Zu diesem Zeitpunkt studierte er bereits an der Universität Bonn. Im Jahr der Olympischen Spiele hatte er seine literaturwissenschaftliche Dissertation über »Die Idee des Volkes bei Dostojewski« erfolgreich verteidigt und als Buch veröffentlicht.²⁶ Anschließend war Kappen als Referent in der Reichsstudentenführung in München tätig. Im November 1936 bedankte sich der Amtsleiter Wissenschaft und Facherziehung Dr. Fritz Kubach²⁷ für Kappens Mitarbeit und entband diesen »wunschgemäß zugleich Ihres Auftrages zum Aufbau einer Reichsfachgruppe Kulturwissenschaft des NSD-Studentenbundes.«²⁸ Möglicherweise wechselte Kappen als Lektor zu einem Buchverlag. Zumindest findet sich im Berlin Document Center kein weiterer Eintrag zu seinem beruflichen Fortkommen, und selbst das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda hatte keine ordentliche Personalakte angelegt. Auch hatte Kappen keinen Aufnahmeantrag in die Reichspresse oder -kulturkammer gestellt. Er war also weder als Journalist noch als Schriftsteller tätig. Kappen verschwand zunächst von der Bildfläche. Im Herbst 1937 flüchtete er ins Ausland. Sein Parteibuch war allerdings erst im Januar 1939 im deutschen Konsulat Laibach abgegeben worden. Von dort erhielt es der Schatzmeister der NSDAP-Auslandsorganisation in Berlin, der es an das zentrale Mitgliedschaftsamt in München weiter schickte. In der Eingangsbestätigung hieß es, dass das Sondergericht Köln ein

25 BArch, R 9361-II/493092, NSDAP, Gauleitung Köln-Aachen, Gauschatzmeister, Kartei-Abteilung, an Reichsleitung der NSDAP, Kartei-Abteilung, München, Betr.: Pg. Dr. Richard Kappen, Mitglied-Nr. 695 475, Köln, 27.03.1936, S. 1.

26 Siehe <https://d-nb.info/570421950>, 28.07.2024.

27 Dr. Fritz Kubach (21.5.1912), siehe <https://gepris-historisch.dfg.de/person/5106784>, 28.07.2024.

28 BArch, R 9361-II/493092, Reichsstudentenführer, Amt für Wissenschaft und Facherziehung, Dr. Kb/La., an Pg Dr. Richard Kappen, Bonn, Betr.: Ihre Mitarbeit in der Reichsstudentenführung, München 20.11.1936, S. 1.

Strafverfahren gegen Kappen eröffnet hatte.²⁹ In Abwesenheit flog Kappen im Frühjahr 1939 hochkant aus der Partei³⁰ und erhielt sogar noch ein ordentliches Parteiausschlussverfahren.³¹ Das macht ihn aber noch lange nicht zu einem Demokraten.

Acht Jahre später, im November 1947, wollte der promovierte Literaturwissenschaftler sich mit einem Buchverlag selbständig machen. Bei der britischen Militärverwaltung füllte der inzwischen zurückgekehrte Kappen Formulare und Personalbögen aus.³² »Leuchtturm« sollte sein Unternehmen heißen und schöngestige Literatur im Taschenbuchformat vertreiben. Im Oktober 1937 sei er aus Köln geflüchtet, gab er gegenüber dem Information Control Branch an. Er habe zehn Jahre in Jugoslawien und danach in Palästina, Kenia und Uganda im Exil gelebt. Das waren alles Regionen, die unter britischer Mandats- und Kolonialverwaltung standen. Er emigrierte, weil er an der Planung eines Attentats auf Reichskanzler Hitler beteiligt gewesen sei, das aber an die Geheime Staatspolizei verraten worden war.³³ Kappens Aussagen mochten der Wahrheit entsprechen. Drehbuchreif waren sie allemal. Nach dem Krieg begann er in der Informationsabteilung des Presse- und Informationsamtes und war, so zumindest hielt es ein Organigramm aus dem Jahre 1950 fest, der

-
- 29 BArch, R 9361-II/493092, NSDAP-Reichsleitung, Mitgliedschaftsamt, Dr. H/Stö, an Schatzmeister der Auslandsorganisation der NSDAP, Theodor Leonhardt, Berlin-Wilmersdorf, Betr.: Mitgliedschaft des Pg. Dr. Richard Kappen, 6.3.1912, Bonn, Mitgliedsnummer 695 475, München, 02.03.1939, S. 1; S. S. Bremer: »Die Rechtsprechungspraxis des Sondergerichts Köln«, in: Justizministerium des Landes NRW: Diener und Schützer, S. 73–108.
 - 30 BArch, R 9361-II/493092, NSDAP-Reichsleitung, Mitgliedschaftsamt an Gauschatzmeister Köln-Aachen der NSDAP, Arthur Lehmann, Betr.: Mitgliedschaft des Pg. Dr. Richard Kappen, geb. 06.03.1912, wohnhaft Bonn, Mitgliedsnummer 695 475, München, 02.03.1939, S. 1.
 - 31 BArch, R 9361-I/19497, NSDAP-Gau-Gericht Köln-Aachen, II. Kammer, Jurisch, an das Oberste Parteigericht der NSDAP, Zentralamt, München, Betr.: Einstweilige Verfügung in Sachen des Dr. Richard Kappen, früher Bonn, jetzt unbekannten Aufenthalts, Mitgliedsnummer 695475, Köln, 28.04.1939, S. 1.
 - 32 BArch, R 9361-V/144947, Dr. Richard Kappen an Military Government of Germany, Nachrichtenkontrolle/Information Control, Antrag Gründung »Leucht-Turm. Verlag, Bonn, (November 1947), Bl. 1102–1116.
 - 33 Ebd., Military Government of Germany, Nachrichtenkontrolle/Information Control, Personal-Fragebogen, Dr. Richard Kappen, [18.11.1947], Bl. 1118–1125, hier Bl. 1123.

Gruppe ›Chef vom Dienst‹ zugeordnet.³⁴ Er war dort ein Kollege von Conrad Ahlers.

Bonner Abschirmungen: Mentale Wehrhaftigkeit und der Osten als das ›Andere‹

»Politik ist die Kunst des Möglichen. Sozialpolitik auch.«³⁵ schrieb Otto Lenz (*1903), der von 1951 bis 1953 Chef des Bundeskanzleramtes war, im Vorwort einer Broschüre, die 1956 eine Meinungsforschungsstudie des Instituts für Demoskopie Allensbach zusammenfasste. Darin ging es scheinbar um sozialpolitische Verbesserungen und Verteilungen von Wohlstand. »Die Währung ist gesund – und von unserem ziemlich harten Geld darf man auch genug ins Ausland mitnehmen, wo es überall und gern gewechselt wird. Das sind Verhältnisse, die wir in unserem Land seit 1913 nicht mehr kennengelernt haben.«³⁶ Nunmehr führe, so Lenz, der Konsum politischer und ideologischer Deutungen zu ökonomischer Stabilität und infolgedessen zu beträchtlichem Ertrag für ziemlich Viele auf dem sozialpolitischen Feld. Die Zustimmung zur gegenwärtigen Regierung bezeichne deren Leistungsfähigkeit, was das frühere Regime natürlich so nicht zustande gebracht hatte.

Es sollte ein entscheidendes Ziel unserer Sozialpolitik werden, neben der Steigerung des materiellen Wohlbehagens der Menschen ständig und mit gleicher Intensität für eine Steigerung der geistigen Kräfte zu sorgen. Nur so kann der Staat mit seinen Bürgern auf Dauer auskommen, und nur so können sich die Bürger mit diesem Staat abfinden und befreunden.³⁷

Zustimmung zum parlamentarischen System und politischen Betrieb war demnach ein Tauschgeschäft, das auf eine Art dualistischer Grundlage sowohl Impulse als auch Abgrenzung von der DDR vornahm:

Was der Kommunismus tut, um schlechte Herrschaft mit propagandistischen Mitteln zu befestigen, dass sollten wir in Freiheit tun, um durch

34 ACDP, 01–564-013/2, S. 1.

35 O. Lenz: Vorwort, in: Institut für Demoskopie Allensbach: Die soziale Wirklichkeit, S. 7–15, hier S. 12.

36 Ebd., S. 11.

37 Ebd., S. 16.

die Entfaltung der geistigen und moralischen Kräfte unseres Volkes der bestmöglichen Demokratie eine überzeugte Gefolgschaft zu geben.³⁸

Um mentale und mediale Mobilisierungen des ›Volkes‹ ging es Otto Lenz, auch wenn er in Veröffentlichungen geflissentlich von Gesellschaft schrieb. Die Medien sollten dazu dienstbar gemacht werden. Dieser Grundgedanke entfalte eine doppelte Stoßrichtung: Zum einen zielte er auf die Wählerschaft, zum anderen auf die Presse im Allgemeinen und auf die Kanäle und Institutionen der Verlautbarung im Besonderen. Als Staatssekretär für Inneres, und er war von Januar 1951 bis Oktober 1953 für alles zuständig, was nicht mit Auswärtigen Angelegenheiten und Bewegungen auf dem diplomatischen Parkett zu tun hatte, schob er manches an, was diesen Vorstellungen entsprach.³⁹ Einiges davon war bereits in der DNA staatlicher Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland enthalten und hatte sich vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und das Regime der Nazis fortgeschrieben. Dabei kam es zu jeweils anderen Zuspitzungen. Und falls es währenddessen tatsächlich zu Ansätzen von internationalen Transfers von Wissen kam, was Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker nur allzu gerne erkennen und bestätigen wollen, galt es jeweils streng darauf zu achten, diese Entwicklungen als ›deutsche‹ Modernisierungen auszuweisen und eben als etwas einzuarbeiten⁴⁰, was explizit nicht von den ›Alliierten‹ angeregt worden war. Dadurch erhalten die vermeintlichen Amerikanisierungen der 1950er Jahre und Liberalisierungen der 1960er Jahren nochmals eine ganz andere, nämlich eine zutiefst nationalistische Wendung.

Die Auswahl, Abstimmung und Sortierung von Informationen bildete eine Voraussetzung dafür, die Staatsbürgerin und den Staatsbürger mit jenen Medienstoffen zu versorgen, die sie, entgegen der Darstellungen der parlamentarischen Opposition, der gesellschaftlichen Gegenkräfte sowie gegen Einflüsse von außen – also dem Osten – wappneten. Dass die Bundesregierung auf die Fragen von Rundfunkhörerinnen und -hörern antwortete, sollte bekräftigen, wie wichtig und ernst ihr solche Bindungen ans Publikum waren. Zumindest aus der Perspektive des Bundeskanzleramtes und des Presse- und Informationsamtes brauchte es eine Abteilung, die sich genau darum kümmerte und,

38 Ebd.

39 P. Hoeres: Außenpolitik, S. 1–12.

40 A. Schildt/A. Sywottek: Modernisierung; A. Schildt/D. Siegfried/K. C. Lammers: Dynamische Zeiten; C. von Hodenberg: Konsens und Krise; A. Schildt: Medien-Intellektuelle.

wie das Beispiel mit den Sendeformaten und den unterschiedlichen Bezeichnungen verdeutlicht, sich um die Festigung der Kontakte in die Rundfunkanstalten bemühte.

Bei der Schärfung der Senderprofile und der journalistischen Selbstbilder, übergreifend moderiert aus Kanzleramt und Presse- und Informationsamt, standen das Grenzregime und die Mauer als Themenfelder besonders im Fokus. Das zu vertonen, zu bebildern, in O-Tönen einzufangen oder in Drehbüchern zu inszenieren war ein Medienstoff, an welchem sich die westdeutsche Medienlandschaft und Filmwirtschaft nach Kräften abarbeitete, unterstützt durch die Fördertöpfe staatlicher Informations- und Aufklärungsarbeit.⁴¹ Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen sowie das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte gewährten inzwischen genauso Zuwendungen wie es das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bereits durchgängig tat.

Klaus von Bismarck, der das Amt des WDR-Intendanten von 1961 bis 1976 bekleidete⁴² und für den es anscheinend nie zu einem Problem geworden war, dass ihn die Reichsorganisationsleitung, also das für die Mitgliedschaften zuständige Amt der NSDAP, in seiner zentralen Kartei führte⁴³, sandte im Juli 1966 eine Zusammenstellung von Fernsehsendungen an Bundeskanzler Ludwig Erhard und das Bundeskanzleramt. Dort waren alle Beiträge von Fernsehmagazinen und Dokumentarfilmen aufgelistet, die seit dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 über das Leben in der ›Zone‹ ins Programm genommen worden waren. Der Titel – »Fünfjahresplan des WDR über den gesamtdeutschen Auftrag des gesamten föderativen Rundfunkwesens in der Bundesrepublik« – vermittelte die Gründe für die Zusammenstellung und hätte so oder so ähnlich auch auf Schreibmaschinen des Deutschen Fernsehfunks in Berlin-Adlershof geschrieben werden können. Die Worte und Sätze verwiesen auf Vergangenheiten und markierten die Zustände der Gegenwart. Die mentalen Bezüge, die die Semantik dieser Bezeichnung sowie die in dieser Zusammenstellung formulierten Sätze freilegten, bewegten sich in den Rahmungen der (in-)formierten Gesellschaft⁴⁴ und hatten sich noch lange nicht von den Korsagen gelöst, in die der politisch-kontrollierte Staatsrundfunk während der Weimarer Republik und die durchideologisierte

41 C. Hellwig: Die inszenierte Grenze.

42 B. Bernard: »Klaus von Bismarck«, in: Internetportal Rheinische Geschichte.

43 BArch, R 9361-II/343220, NSDAP, Parteikorrespondenz, Klaus von Bismarck, 6.3.1912.

44 R. Altmann: Die Formierte Gesellschaft, S. 21.

Reichsrundfunkgesellschaft mit ihren Regionalsendern im nationalsozialistischen Regime eingezwängt waren.⁴⁵ Das Staatliche Rundfunkkomitee in Ostberlin ordnete die Verhältnisse erst in den 1960er Jahren, nach dem 11. Plenum des Zentralkomitees der SED, grundlegend.⁴⁶

Natürlich, und wenig erstaunlich, häuften sich in zeitlicher Nähe zum vierten Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 1965 auf den Sendeplätzen Ost-West-Themen. Sie erzählten – eigentlich ausnahmslos – westliches Unverständnis darüber, wie sich der Osten (weg-)entwickelte und welche Kluften dabei sichtbar wurden. Der ›Osten‹ wurde so zu einer Ansammlung von Angstprojektionen konstruiert, die mehrfach im Monat über die schwarz-weißen Bildschirme in deutschen Wohnzimmern flimmerte.⁴⁷ Schließlich war der Eiserne Vorhang durchlässiger, zumindest für Hörfunkwellen und knisternd-grieselnde Fernsehbilder, als das die gemauerten und abgezaunten Grenzbefestigungen glauben machen wollten. Orientalisierungen schrieben sich fort und sorgten sowohl für rückwirkende Erklärungen als auch immer wieder und bis in die Gegenwart reichende tagespolitische Bekräftigungen.⁴⁸

Der Sender Freies Berlin eröffnete am 6.8.1965 um 20.15 Uhr mit einem Beitrag über China im internationalen Kontext den Reigen an Sendungen, die die Teilung Deutschlands, Europas und der freien Welt zum Thema machten. Es ging um die geopolitische Tektonik in Asien, um die Rolle ›Rot-chinas‹ und um dessen tatsächlichen oder imaginierten ›Aufstieg zur dritten Großmacht‹⁴⁹ – so lautete zumindest der Titel – auf dem machtpolitischen Tableau. Darin kamen Experten wie beispielsweise Klaus Mehnert zu Wort. Er war ein in den Kernen nationalsozialistischer Ost- und Asienpolitik geschulter Multiplikator und Publizist⁵⁰, der sich über den indisch-chinesischen Grenzkonflikt ausließ und über die Machtverhältnisse der kommunistischen und des nicht an einen Machtblock gebundenen Zusammenschluss der neuen, post-kolonialen Nationalstaaten spekulierte. Der Norddeutsche Rundfunk (9.8.1965, 20.15 Uhr) strahlte in seinem, gern als besonders regierungskritisch und konfliktorientiert bezeichneten Fernsehmagazin *Panorama* zwei Beiträge

45 H. Pohle: Der Rundfunk; H. Bausch: Der Rundfunk; A. Diller: Rundfunkpolitik; W. B. Lerg: Rundfunkpolitik.

46 H. Stahl: Jugendlradio, 2010.

47 H. Stahl: »Der Osten«, in: Rundfunk und Geschichte, S. 48–61.

48 C. Gatzka: »Geschichten wider den Osten«, in: Merkur, S. 5–18.

49 BArch, B 136/3907, Deutsches Fernsehen, Programmdirektion, Ost-West-Themen, 1.1.1965–30.6.1966, Köln Juli 1966, S. 1–25, hier Monat August 1965, S. 9–10, hier S. 9.

50 J. Happel: Gustav Hilger, S. 319f.

aus, die »Eingliederungsschwierigkeiten ehemaliger politischer Häftlinge aus der Sowjetzone« sowie »Farbige Studenten zwischen Ost und West« zum Gegenstand hatten. Immerhin ging es wenigstens einmal darum, wie Studentinnen und Studenten, die aus den neuen Nationalstaaten Afrikas und Asiens kamen und sich an DDR-Universitäten ausbildeten, nunmehr in ihrer Reisefreiheit eingeschränkt waren. Fest in der kolonialen Rhetorik verhaftet, wurde dies jedoch genutzt, um die Konstruktion eines gefährlichen Anderen (»Othering«) über beide Erzählszusammenhänge auszudehnen.⁵¹

Am Freitag, dem 13. August 1965, spielte das WDR-Fernsehmagazin »Monitor« durch, wie es über die Verhältnisse in der Sowjetisch Besetzten Zone zu berichten galt. Berlin wurde als ein Schlachtfeld des Kalten Krieges gezeigt, auf welchem bereits Grabsteine wucherten und Familien die zwangsweise Trennung beweinten.⁵² In einem weiteren Bericht über die Erfassung von Verbrechen an der Zonengrenze kamen Vertreter des Bundes Freiheitlicher Juristen und der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit zu Wort. Darauf folgte ein Interview mit einem Fluchthelfer, der als heldenhafte Figur des antikommunistischen Kampfes erzählt wurde. Der FDP-Bundesvorsitzende und Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Erich Mende (*1916) ließ sich von seiner Presseabteilung auf der Oberbaumbrücke fotografieren und begegnete dem Aufnahmeteam der Ost-West-Gemeinschaftsredaktion. Der aktuelle Bundesminister für Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte und Westberliner CDU-Politiker Ernst Lemmer (*1898), der von 1957 bis 1962 bereits Minister für Gesamtdeutsche Fragen war, sprach in ein Mikrofon, welches ihm am Rande einer Demonstration antikommunistischer westdeutscher und -berliner Studenten – und wohl Studentinnen – entgegengehalten wurde. Der Westberliner SPD-Bürgermeister Albertz (*1915), der einzige Vertreter der bundespolitischen Opposition, erklärte, im pastoralen Tonfall und mit bebender Stimme, warum die Freiheit des Westens und die Freiheit Berlins zusammengehörten und genau dort, an der Rückseite des Brandenburger Tores verteidigt werden müsse. Sämtliche Interviews, die die Gemeinschaftsredaktion aus NDR, SFB und WDR mit Bundesministern führten, mussten im Vorfeld mit deren Presseabteilungen verabredet werden, die dann wiederum die inhaltlichen Zuschnitte mit dem Presse- und

51 T. D. Boyce: Historicizing fear; K. Hostettler: Kritik; M. Steinbrink/P. Aufenvenne: »Über Othering«, in: MÖGG, S. 83–104.

52 »Berlin 1965 – Vier Jahre nach dem Mauerbau«, in: Westdeutscher Rundfunk Köln: Planet Wissen.

Informationsamt der Bundesregierung besprachen. Erst dann konnten die konkreten Fragen, Inhalte und Kameraeinstellungen mit den Journalistinnen und Journalisten ausgehandelt werden. Rückblickend geht eine tiefergehende Kritik an den Medienstoffen und an denjenigen, die sie herstellten, zumeist in den detaillierten Inhaltsanalysen unter, die sich auf Bebilderungen, Wortwahl und Diskurse beziehen. Das liegt erstens an den methodischen Werkzeugkisten geschichts-, literatur-, medien- und kommunikationswissenschaftlicher Zugriffe und zweitens daran, dass die Maschinenräume gouvernementaler Öffentlichkeitsarbeit für gewöhnlich unsichtbar bleiben und deren Steuerungsbemühungen nicht zu Tage treten.

Berlin war und blieb der Brennpunkt, an dem bundesrepublikanische Identität produziert und bekräftigt werden konnte.⁵³ Über Menschen, die im ›Osten‹ lebten, wurde berichtet, aber immer auch nur so, und in jenen Rahmungen des Erzählens, wie diese zu den tagespolitischen Verwertungslogiken westdeutscher Bildschirmzeiten passten. Mit ›Menschen von Drüben‹ wurde dabei selten gesprochen, ihre Befindlichkeiten blieben randständige Positionen, die die Bildinszenierungen selten genug kolorierten. Wenn es um die jeweils andere Seite des Grenzzaunes ging, waren die medialen Schaufenster in die verschiedenen Schattierungen von Schwarz, Braun oder Rot getaucht. Hierbei unterschieden sich Thilo Kochs' ›Die rote Optik‹, eine NDR/SFB-Ko-Produktion, leider gar nicht so sehr von Karl-Eduard von Schnitzlers ›Der Schwarze Kanal‹⁵⁴ als das im Rückblick zu wünschen wäre. Der Deutsche Fernsehfunk in Adlershof verstand sich in dieser Hinsicht als eine Gegensprechanlage, die andere Erzählungen und Bildpolitiken vertrat.

Der Bayerische Rundfunk (Montag, 16.8.1965, 20.15) stellte im Magazin ›Report‹ (aus München, HS.) einen ›Fluchthelfer‹⁵⁵ vor. Das war eine Sozialfigur, die die Grenzen der Legalität absichtlich hinter sich ließ und aus zeitgenössischer bundesrepublikanischer Perspektive natürlich nicht als gefährlicher und auf finanzielle Entlohnung achtender Schleuser bezeichnet zu werden brauchte. Die Kollegen des Norddeutschen Rundfunks (Dienstag, 17.8.1965, 21.50-22.35 Uhr) bemühten sich unter dem Sendungstitel ›Der Treibriemen des Genossen Lenin. Eine Untersuchung über die Gewerkschaft in Ost und West‹, die Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenvertretungen

53 C. Geulen: ›Bundesrepublikanismus‹, in: Merkur.

54 Vgl. den Beitrag von Christoph Laucht in diesem Sammelband.

55 BArch, B 136/3907, Deutsches Fernsehen 1966, S. 10.

in die geistig-kulturelle Nähe zum sozialistischen Umsturz und der kommunistischen Diktatur zu rücken. Für die Lage von Jugendlichen in Ungarn, neun Jahre nach dem dortigen Aufstand, interessierte sich der Bayerische Rundfunk (Mittwoch, 18.8.1965, 21.50-22.35 Uhr), und es kamen damals Geflüchtete zu Wort, die die Heranziehung des neuen sozialistischen Menschen als kontinuierliche Abrichtung und Brechung des freien Willens lasen. Der Kölner Westdeutsche Rundfunk (27.08.1965, 20.15 Uhr) griff in seinem Fernsehmagazin »Monitor« den »Fall Angelika Kurtz« auf und emotionalisierte die innerdeutsche Grenze an einem Sorgerechtsstreit um ein neunjähriges Mädchen.⁵⁶ Das Fernsehmagazin »Report« des Süddeutschen Rundfunks schloss den Themenmonat im Zeichen des freiheitlichen und bundesrepublikanischen Antikommunismus, indem es einen Bericht über *das Deutschlandbild in der sowjetischen Karikatur* in die Politikmagazinsendung einbaute.

Eine Analyse der sprachlichen, bildlichen, akustischen sowie dramaturgischen Referenzen dieser Sendungen bietet sich an und leistet sicherlich inhaltliche Verdichtungen. Zunächst kann jedoch festgehalten werden, dass die audiovisuellen Konstruktionen des »Ostens« mit den mentalen Konstellationen und deren Prägung im Kontext antibolschewistischer Zurichtungen eng zusammenhängen und sich gegenseitig stärken.

Bismarck schickte Anfang September noch ein weiteres Schreiben hinterher. Das Bundeskanzleramt beauftragte das Presse- und Informationsamt, den ganzen Vorgang so weit zu verdichten, dass Kanzler Ludwig Erhard keine Vermerke in Romanform zu lesen brauchte und sogleich den Entwurf für einen Antwortbrief zu sehen bekam.

Grundsätzlich wird festgestellt, dass Rundfunk und Fernsehen sich an alle Deutschen zu wenden haben, gemäß der Forderung des Grundgesetzes »sind freie Selbstbestimmung der Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«. Daraus resultiert eine gesamtdeutsche Verantwortung der Sender. Die mitteldeutsche Bevölkerung muß bei den Programmen berücksichtigt werden.⁵⁷

56 A. Kurtz: »Zwei Mütter«, in: Der Spiegel.

57 BArch, B 136/3907, Zusammenfassung zum Auszug aus dem Fünfjahresplan des WDR über den gesamtdeutschen Auftrag des gesamten föderativen Rundfunkwesens in der Bundesrepublik, Durchschlag an Dr. Enseling, o.O. (Bonn), o.D. (September 1966), S. 1–2, hier S. 1.

An welcher geografischen Grenze diese ›Bevölkerung‹ begann und an welcher mentalen dieses ›Fernseh-Volk‹ endete, blieb offen. Diese rhetorische Leerstelle bot Assoziationsräume, zumal es 1966 für eine westdeutsche Rundfunkanstalt noch wesentlich einfacher war, Journalistinnen und Journalisten zu beschäftigen, die östlich von Werra, Saale, Oder und Neiße geboren und aufgewachsen waren. Darüber hinaus fehlten im gesamten Pressebereich unbelastete Stimmen, die nicht unter dem nationalsozialistischen Regime geprägt worden waren.

Dem Presse- und Informationsamt war die Erwähnung wichtig, dass dieser vom Westdeutschen Rundfunk vorgelegte »Fünfjahresplan [...] die Frage« aufwarf, »ob nicht ein ständiger Korrespondent in Ostberlin oder der Zone stationiert werden sollte.«⁵⁸ Der Medienkrieg der Worte, Kommentierungen und Bildeinstellungen brauchte Stützpunkte und Offiziere der korrekten Sprache, die sich auch noch in der Lage zeigten, politische Entscheidungsträger in Ministerien und Botschaften zu beraten. Zumindest für Ost-Berlin und das Territorium der DDR sollte es noch ein Jahrzehnt dauern, bis eine ständige diplomatische und mediale Vertretung vor Ort war. »Bei der Berichterstattung im Fernsehen ist der Mangel an geeignetem Bildmaterial besonders gravierend«, berichteten die Medienbeobachter aus dem Presse- und Informationsamt und die Programmgestalter in den Rundfunkanstalten. Die Aufnahmen aus den Wochenschauen passten nicht mehr so ganz und den Ostberliner Deutschen Fernsehfunk (DFF) darum zu bitten, wäre einer formellen Anerkennung der DDR und des konkurrierenden ostdeutschen Staates gleichgekommen. Bei einem Korrespondentenbüro in Ostberlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg oder Erfurt wäre es dasselbe gewesen. »Wichtig ist deshalb das Aufzeichnungszentrum in Hamburg, das das sowjetzonale Fernsehen im Bild mitschneidet. Bewährt hat sich auch die Gemeinschaftsredaktion für ost-west-Sendungen«⁵⁹, die der vormalige Nordwestdeutsche Rundfunk bildete und die sich inzwischen aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Norddeutschen Rundfunks, des Senders Freies Berlin und des Westdeutschen Rundfunks speiste. »Es wird gefordert, daß in den aktuellen Sendungen (und auch im Sport) stärker die Ereignisse in der Zone berücksichtigt werden sollten. Außerdem sollten mitteldeutsche Künstler verpflichtet werden.«⁶⁰

58 Ebd.

59 Ebd.

60 Ebd., S. 2.

Abgelehnt wurde es, »auf die Zonenpropaganda direkt zu antworten. Spezielle Sendungen für die Zone würden nur mit Skepsis aufgenommen.«⁶¹ Kooperation auf den unteren Ebenen wurde dagegen empfohlen:

Eine Zusammenarbeit mit Rundfunk und Fernsehen in der Zone wird nur auf der Ebene der Anstaltsspitze abgelehnt. Kontakte der Redaktionen wären möglich, da so der Eiserne Vorhang zu durchlöchern wäre. Allgemeine Richtlinien für den Programmaustausch werden nicht befürwortet. Wenn die Sender auch nicht darauf zu achten haben, dass sie sich in einen schreienden Gegensatz zu den in Bonn herrschenden politischen Parteien setzen, so sollten sie die Bonner Vorstellungen keinesfalls immer zu ihrer Richtschnur machen.⁶²

Deshalb sollte ein Programmaustausch zwischen dem ostdeutschen Staatsrundfunk und dem Zusammenschluss der westdeutschen Länderanstalten nicht stattfinden. Allerdings könnten sich die Dritten Programme, also die einzelnen Landessender und ihre Programmdirektionen, »wesentlich elastischer verhalten, so daß keine grundsätzlichen Bedenken gegen einen Austausch bestehen.« Das unterstand dann der jeweiligen Verantwortung des Intendanten und ließ sich mit regionalen Bindungen oder Aufgaben begründen. Bewährt habe es sich zudem, »für die Berichterstattung aus der Zone die Einschaltung von privaten und ausländischen Produzenten«⁶³ in Betracht zu ziehen. Inzwischen gab es verschiedene Fernsehbilder-Dienstleister, die Anfragen und Aufträge ausführten. Das waren beispielsweise die Windrose GmbH, deren Gründer Peter von Zahn nicht nur lange Jahre für den Nordwestdeutschen Rundfunk aus Washington berichtete, sondern seine Erfahrungen in verschiedenen Kommunikationsabteilungen des Oberkommandos der Wehrmacht und als Kriegsberichterstatte in der Ukraine gesammelt hatte.⁶⁴ Oder es waren Fernsehproduktionsgesellschaften wie die Deutsche Reportage-Film GmbH oder die Deutsche Wochenschau GmbH⁶⁵, die vielseitig verwendbare

61 Ebd.

62 Ebd.

63 Ebd.

64 SWR, HA SDR, 02–00221, (Handakten Bausch), Zeitungsausschnitt aus Front und Heimat Nr. 39, 1944; Nathans, Eli: Peter von Zahn's. Cold War Broadcasts to West Germany. Assessing America, Cham 2017, S. 23–40.

65 BArch, B 145/1412, Deutsche Reportage-Film »Fernsehen« [Diese Akte enthält den Schriftwechsel mit Firmen wie Neue Deutsche Wochenschau GmbH, Deutsche Repor-

Einstellungen von Gebäuden, Straßenszenen, Menschen und Landschaften drehten und verkauften. Sowohl die einen als auch die anderen wurden dazu aus dem Fördertopf für Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit im Inland des Presse- und Informationsamtes finanziert.

Lothar Hartmann (*1908), Kriegsberichterstatte einer Wehrmachtspropagandakompanie, der einen Rundfunkbeitrag mit den Worten »Die Krim ist frei von den Sowjets« (Reichsrundfunk 1942) fertigstellte und eine Auszeichnung erhielt, war von 1949 bis 1965 Programmdirektor des Südwestdeutschen Rundfunks in Baden-Baden. Danach wechselte er nach München. Dort hatte die ARD die Programmkoordination zentralisiert. Dort wurde entschieden, welcher Sender für welchen Programmanteil Sendezeit zugewiesen bekam und wie die Programmgestaltung mit den einzelnen Rundfunk- und Fernsehanstalten abzustimmen war. Hartmann schrieb Ende August 1966 alle Programmdirektoren der ARD-Anstalten an und informierte sie über eine »Aufstellung der im Programm des Deutschen Fernsehens in der Zeit vom 1. Januar 1965 bis 30. Juni 1966 gesendeten Ost-West-Themen«⁶⁶ und bat darum, mit ihren jeweiligen Intendanten über den Reihentitel, die darin bereits enthaltene semantische Teilung des Deutschen Reiches und die fortbestehenden mentalen Grenzziehungen, zu sprechen. In Programmzeitschriften sollte der Reihentitel Ost und West, also die geografische und mentale Neubezeichnung gar nicht erst abgedruckt erscheinen. Der zu diesem Zeitpunkt aktuelle ARD-Vorsitzende Werner Hess (*1914)⁶⁷ war 1962 zum Intendanten des Hessischen Rundfunks gewählt worden. Programmkoordinator Hartmann hob ihm gegenüber hervor, dass die ARD als Institution nunmehr in der Lage sei herauszustellen, was sie für die Berichterstattung über die Lage an der innerdeutschen Grenze alles leiste. Dadurch ließen sich die Anfeindungen gegenüber den ARD-Anstalten sowie der »in den letzten Wochen und Monaten immer wieder von amtlichen Stellen, einzelnen Zeitungen und Pressediensten erhobene, zum Teil aus bewussten Fehlinformationen bestehende Vorwurf,

tage-Film GmbH, Deutsche Industrie- und Auftragsfilm GmbH und Windrose Filmproduktionen GmbH).

66 BArch, B 136/3907, Lothar Hartmann, Deutsches Fernsehen, Programmkoordination, an Vorsitzenden der ARD, Werner Hess, Intendant des Hessischen Rundfunks, Betr.: Auflistung der Reihentitel »Ost und West«, München, 22.08.1966, S. 1–2.

67 Hess legte im Zuge seines Antragsverfahrens bei der Reichskulturkammer natürlich einen Ariernachweis vor und benötigte eine positive Einschätzung durch die NSDAP-Gauleitung, welche die Region für die Partei verwaltete, in welcher Hess ortspolizeilich gemeldet war, vgl. BArch, R 9361-V/22099.

das Deutsche Fernsehen kümmerge sich nicht genügend um gesamtdeutsche Fragen und die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Welt«⁶⁸, kontern und eindeutig widerlegen.

Von den Spezialsendungen der ›Ost-West-Gemeinschaftsredaktion‹ [des NDR, SFB und WDR, Anm. des Verfassers] über die Magazin-Programme, Dokumentarsendungen, kirchlichen Sendungen bis zum Fernsehspiel wurden in den wichtigsten Programmsparten und zu den verschiedensten Sendezeiten in 18 Monaten 120 Ost-West-Themen behandelt. Dabei sind Nachrichten und Filmberichte der Tagesschau und Fernseh-Diskussionen [z.B. Frühschoppen (mit Werner Höfer), Anm. des Verfassers] nicht aufgeführt.⁶⁹

Befragungen, Briefeingänge und die Messung von Einschaltquoten hätten ergeben, so Hartmann, dass »die Programme in geradezu erstaunlicherweise von unseren Zuschauern gesehen und zustimmend aufgenommen werden. Es ist offensichtlich, dass die Zuschauer keine Orientierungshilfe brauchen.« Wenn amtliche Stellen, Parteipolitikerinnen und -politiker sowie Journalistinnen und Journalisten genau danach verlangten, zeugte es davon, dass sich diese Akteurinnen und Akteure selbst nur bedingt in den Programmflächen und Sendeplätzen auskannten.⁷⁰

Der Programmkoordinator der ARD wies darauf hin, dass

die Vielfalt der Themen und die breite Streuung im Programm begrüsst, eine Aufteilung der Programme in erster Klasse (besonders gekennzeichnet) und zweiter Klasse (nicht gekennzeichnet) vermieden werden [sollten]. Es sollte um die Sache, nicht um den Ehrgeiz einzelner Redakteure bzw. um die Statistik einzelner Ämter gehen.⁷¹

Mit ›Sache‹ umschrieb Hartmann das, was die Berichterstattung über ›die Zone‹ und ›den Osten‹ anbelangte, und genau an diesem Absatz war ein dickes und deutliches Fragezeichen vermerkt. Das hatte entweder Alfred

68 BArch, B 136/3907, Hartmann an Hess, Auflistung der Reihentitel »Ost und West«, S. 1.

69 Ebd.

70 Ebd., S. 2.

71 Ebd.

Kloft (*1922)⁷² dorthin geschrieben – Kloft war Jurist, der im Presse- und Informationsamt zunächst in der Zentralabteilung Personalfragen und Honorarverträge bearbeitete, dort zügig die Karriereleiter aufstieg und 1966 die Abteilung Film, Funk und Fernsehen leitete – oder der stellvertretende Regierungssprecher Werner G. Krueger⁷³ (*1915) hatte diese Formulierung hervorgehoben. Möglicherweise verstanden beide überhaupt nicht, warum sich der Programmkoordinator des Ersten Deutschen Fernsehens zu einer solchen Feststellung veranlasst sah. Sie war ihm nicht einfach durchgerutscht, schließlich verwies die ›Statistik einzelner Ämter‹ darauf, dass es im Bundeskanzleramt, in Bundesministerien, den Staatskanzleien der Länder oder den Bundesgeschäftsführungen der im Parlament vertretenen Partei Abteilungen gab, die die Präsenz ihrer Spitzenpolitiker auf den Fernsehschirmen und Hörfunksendungen minutengenau festhielten und gegenseitig aufrechneten. Hartmann konnte mit Recht davon ausgehen, dass der ganze Vorgang letztlich zum Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gelangte, in dessen Abteilungen zur Kenntnis genommen, danach ins Büro des Staatssekretärs des Bundeskanzleramtes weitergeleitet und dort zu den Akten gelegt wurde. Das Deutsche Fernsehen, wie sich die ARD damals im Briefkopf des Schreibens selbst bezeichnete, spürte Rechtfertigungsdruck. Sie ging darauf ein und gab diesem nach. Sie streckte sich nach den Windrichtungen der veröffentlichten Meinung und dem, was Politikerinnen und Politiker auf Landes- und Bundesebene in Briefen und Flurgesprächen so an Einschätzungen von sich gaben. Dieses Spannungsverhältnis macht deutlich, dass sich Rundfunkfreiheit und die Freiheit der Berichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland aus der Abgrenzung zum Grenzregime und der DDR entwickelte.

72 Alfred Kloft, 6.7.1922 in Erbach/Taunus geboren, erhielt von der Spruchkammer Limburg die Einstufung ›unbelastet‹, weil er unter die Stichtagsregelung für Jugendamnestie fiel, vgl. Hessisches Hauptstaatsarchiv (HHStA) Wiesbaden, 520, Li-44566-446040/47, Alfred Kloft, 6.7.1922, Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946, Erbach, 28.4.1946, Bl. 6 (VS+RS). Er gab an, Mitglied des NS-Studentenbundes gewesen zu sein, aber keine Parteimitgliedschaft besessen zu haben. Das stimmte nicht. Das Studentensekretariat der Universität Frankfurt hatte diese Unterlassung dem Hessischen Ministerium zur Befreiung vom Nationalsozialismus mitgeteilt und Kloft sollte dazu Stellung nehmen, vgl. HHStA Wiesbaden, 520, Li-44566-446040/47, Ministerium für politische Befreiung an stud. jur. Alfred Kloft, Limburg, 29.4.1948, S. 1. Eine Ausbildung als Justizassessor begann er im hessischen Landesdienst dennoch.

73 A. Schwarz/H. Stahl: Kontaktzone, S. 419–420.

Die Sprache des Staates schützen. Von Gefährdungen, Gewährungen und Gestaltungen

Das Presse- und Informationsamt begutachtete das, was von Bismarck und Hartmann im Sommer 1966 vorgelegt hatten. Karl-Günther von Hase (*1917), ein im Kampf gegen die Rote Armee hochdekorbierter Wehrmachtsoffizier, der in den 1950er Jahren das Pressereferat des Auswärtigen Amtes leitete und ab 1962 als Staatssekretär dem Presse- und Informationsamt vorstand, ließ im Namen von Bundeskanzler Erhard ein Antwortschreiben entwerfen. Dieser ursprüngliche Text erhielt demnach keine weiteren Abänderungen, bevor dieser in die archivalische Registratur einging:

Da Rundfunk und Fernsehen die einzigen informationspolitischen Medien sind, mit denen wir, unabhängig von der kommunistischen Zensur, unsere Landsleute in Mitteldeutschland erreichen können, kommt ihnen eine ganz besondere Bedeutung zu. Ich weiß es deshalb anzuerkennen, wenn sich die Sender, und besonders ihr Haus, der Verantwortung bewusst sind, die sich aus dieser Stellung ergeben. Das zeigt sich besonders in der ausführlichen Zusammenstellung über die Fernsendungen mit Ost-West-Themen, die Sie mir zuschickten und für die ich Ihnen danken möchte. Die Liste erweist, daß die ARD sehr viel dafür tun, daß sich die Bevölkerung über die Problematik des Kommunismus informieren kann.⁷⁴

Das ›wir‹ bezog sich auf den westdeutschen Staat, welchen der Bundeskanzler schließlich vertrat. Die staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten waren darin eingefasst, zumindest betonte die Rhetorik dieses ersten Satzes eine solche Angebundenheit. ›Mitteldeutschland‹ blieb 1966 ein mentaler Raum, der nicht preisgegeben werden konnte und durfte. Das Erste Deutsche Fernsehen übernahm eine gesamtstaatliche Verantwortung, was in der Auflistung zum Ausdruck kam und was sich als medienpolitisches Kapital in der Kontaktzone Bonn einsetzen und verwerten ließ. Allerdings hegte das Presse- und Informationsamt Zweifel, »ob derartige umfassende Information durch Rundfunk und Fernsehen auch über die Verhältnisse in der Bundesrepublik gegeben ist.«⁷⁵ Schließlich schütteten die Landesrundfunkanstalten

74 BAArch, B 136/3907, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Entwurf eines Antwortschreibens an Klaus von Bismarck, WDR-Intendant, Bonn, 19.09.1966, S. 1–2, hier S. 1.

75 Ebd.

nur selten Lob über die Tätigkeit der Bundesregierung aus. Die Kritik wog auch deswegen schwer, weil sie die institutionelle Zusammenarbeit bzw. die Einflussnahmen seitens des Presse- und Informationsamts betraf. Während der Leiter des Presse- und Informationsamtes, Karl Günther von Hase in seinem Entwurf für den Bundeskanzler »volles Verständnis« dafür aufbrachte, dass sich die Rundfunk- und Fernsehjournalistinnen und -journalisten »mit dem Verhältnis [sic!] in der Bundesrepublik beschäftigen«⁷⁶ und damit in den audiovisuellen Öffentlichkeitsformaten auseinandersetzen. Von Hase setzte zugleich Schwerpunkte:

Doch im Hinblick auf unsere Landsleute in der Zone, bedaure ich, daß eine sachliche Unterrichtung zu kurz kommt. Mir scheint, in den Funkhäusern wird manchmal zu wenig daran gedacht, daß die Mitteldeutschen außer diesen beiden Medien keine Informationsmittel haben, die nicht von den Kommunisten beherrscht werden. Ich weiß anzuerkennen, was die Sender bisher für die gesamtdeutsche Sache getan haben und es freut mich, dass diese wichtige Arbeit in Zukunft noch verstärkt werden soll.⁷⁷

Auf den ersten Blick klingt das nach einem unterstützenden Lob. Doch war darin eine grundsätzliche Kritik verpackt. Der Regierungssprecher, der das Presse- und Informationsamt leitete, bemängelte, dass das Fernsehprogramm und diejenigen, die es kuratierten, nie – oder zu selten – auf die Anregungen und Vorschläge eingingen, die ihnen von den Öffentlichkeitsexperten und den wenigen Spezialistinnen der Informationspolitik aus den Presseabteilungen von Staatskanzleien, Parteivorständen oder des Bundeskanzleramtes gemacht werden. Das Herstellen von Zustimmung war ein Geflecht aus Verpflichtungen und Abhängigkeiten. Medienmacherinnen und -macher hätten lediglich ihre eigene politische Agenda im Sinn, zielten auf Profilierungen und öffentliche Aufmerksamkeit und kümmerten sich deshalb nicht um die Wünsche des »mitteldeutschen« Publikums in einer grenzüberschreitenden Fernsehlandschaft. Von der Teilung zu sprechen hieß, die Vergangenheit, Belastetheit, die Ermordung der deutschen und europäischen Jüdinnen und Juden, das Fehlen einer jüdisch-deutschen Unter- und Mittelschicht nicht zum Gegenstand zu machen sowie die autoritären Züge zivilgesellschaftlicher

76 Ebd. S. 2.

77 Ebd.

Wehrhaftigkeit, soziale Ungleichheit oder die Verteilung von Reichtum ignorieren zu können. So ließ sich der westdeutsche Fernsehbildschirm sauber halten und die Erzählungen begrenzen, die die wohlige Selbstzufriedenheit der Wiederaufbau-Volksgemeinschaft herausforderten und störten.

Werner G. Krueger, der sich als stellvertretender Regierungssprecher seit 1949 darum kümmerte, dass das Presse- und Informationsamt immer gut vorbereitet durch die Stürme und Wellengänge des medialen Tagesgeschäftes segelte, hatte die Abteilungen Inland und Film, Funk und Fernsehen verpflichtet, deren Bewertungen von Stimmungslagen, schlechter Presse und vermeintlichen verdeckten Kampagnen zügig an die Spitze des Presse- und Informationsamtes weiterzuleiten. Bereits 1952 hatte das Presse- und Informationsamt mehrere Mitarbeiter beauftragt, mit den öffentlichen-rechtlichen Rundfunkanstalten zu kommunizieren und die Ausrichtungen von Fernseh- und Rundfunkprogrammen zu bewerten. Die Nachrichten- und Informationsabteilung schnitt alle Sender mit und fertigte Abschriften der Programminhalte und Kommentierungen an. Deshalb wusste das Presse- und Informationsamt, als Institution, und die darin tätigen Ingenieurinnen und Ingenieure der Verlautbarung im Allgemeinen und die Abteilung Film, Funk und Fernsehen im Speziellen auch immer, wer, wann, was auf welchem Kanal zu wem sagte und welche Deutungen sich daraus ableiten ließen. Der amerikanische Kommunikationswissenschaftler Edward L. Bernays hatte dieses Produzieren von Zustimmung als Kulturtechnik von Demokratien gelobt und bei Diktaturen missbilligt.⁷⁸ Die Kontaktzone Bonn lag hier in den 1960er Jahren wohl weiterhin irgendwo dazwischen.

Die Bonner Republik: Histoires croisées mentaler und medialer Ausnahmezustände

Vielleicht sind es gerade die mentalen und medialen Ausnahmezustände, die das verklammern, was wir rückblickend unter der Bezeichnung Bonner Republik zu fassen glauben. Das legen die bislang vorgestellten Beispiele mit Nachdruck frei unter Berücksichtigung der jeweiligen Belastetheit. Dabei trafen eine raumzeitliche auf eine geografische und gleichzeitig auf eine mentalitätsgeschichtliche Signatur, die sich wiederum aus verschiedenen Quellen des Temporären speisten, also das Noch-Nicht-Vergangene und

78 E. L. Bernays: Engineering.

Immer-Wieder-Erinnerte in Abfolgen zur Sprache brachte oder in Bildern und Tonspuren vorführten.⁷⁹ Das mag für jede Disziplin anders lauten und andere Schwerpunkte betonen. Die Belastetheiten, die sich in Texten, in Institutionen, in Archivalien, in Medien, in öffentlicher Sprache sowie in den von Personen geschriebenen und gesprochenen Worten verdichteten, gilt es in den Blick zu nehmen. Das schafft eine Grundlage dafür, sich über Fächergrenzen hinweg über Wesensmerkmale und -kerne einer Zeitgeschichte zu verständigen. In sprachlichen Zeichen und Medientexten sind gekreuzte Geschichten⁸⁰, sogenannte *histoires croisées*, enthalten, die Gegenwart und Vergangenheit, das Mentale und das Mediale miteinander in Bezug setzen und verschalten. Anders als behauptet und erhofft, benötigte die Bonner Republik doch mehrere Jahrzehnte, um sich vollständig von Weimar zu lösen und zu emanzipieren. Das zog sich zäh in die Länge und war eben nicht bereits mit dem Bau der Berliner Mauer abgeschlossen. Das Schweigen der Fragebögen und die Stille der Belastungsketten hallte mindestens ebenso lange nach, wie der Wunsch, die Vergangenheit hinter sich lassen und neu beginnen zu können. Beides war in Erzählungen der Entlastung und Entschuldung eingefügt.⁸¹ Das heißt, dass »die verschiedenen Medien und ihre jeweiligen Archive« sichtbar machen, »was die politischen Entscheidungsträger im Rahmen der westlichen Integrations- und Blockbildungsprozesse durchgesetzt haben« und auf diese Weise zu »Produzenten spezifisch bundesrepublikanischer Weisen«⁸² von nach-nationalsozialistischer Identitätspolitik und -erfahrung geworden sind. Genau diese Konstellation verfestigte sich im Zusammenspiel zwischen denjenigen, die im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung für die Kommunikation mit der In- und Auslandspresse, sowie mit Akteurinnen und Akteuren in Film, Rundfunk und Fernsehen verantwortlich zeichneten. Journalistinnen wie Inge Deutschkron⁸³ und Journalisten wie Harry Pross erfuhren das. In seinen Memoiren brachte es Pross auf die griffige Formel: »Bonn grenzte aus.«⁸⁴ Die mentale Beschaffenheit

79 G. Cepl-Kaufmann/J. Grande/U. Rosar/J. Wiener: »Zur Konzeption des Forschungsschwerpunktes Bonner Republik«, in: Diess., *Die Bonner Republik 1945–1963*, S. 18.

80 M. Werner/B. Zimmermann: »Penser l'histoire croisée. Entre empirie et réflexivité«, in: *Annales*, S. 7–36; Diess.: »Beyond Comparison«, in: *History and Theory*, S. 30–50; B. Zimmermann: »Histoire Croisée«, in: *Footprint*, S. 7–13.

81 E. von Salomon: *Der Fragebogen*; F. R. Allemann: *Bonn ist nicht Weimar*.

82 G. Cepl-Kaufmann/J. Grande/U. Rosar/J. Wiener: *Die Bonner Republik 1945–1963*, S. 18.

83 A. Schwarz/H. Stahl: *Kontaktzone*, S. 355–396.

84 H. Pross: *Memoiren eines Inländers*, S. 210.

der Bonner Republik benötigte die Aus- und Abgrenzung, um das eigene identitätspolitische Terrain abzusichern, welches sich aus deutschnationalen, rechtskatholischen, erzkonservativen und postfaschistischen Erfahrungswelten und Denktraditionen speiste. Auf diese Aussage bezog sich der Publizist, der bei Radio Bremen und dem Südwestdeutschen Rundfunk in den 1960er Jahren das Fernsehprogramm maßgeblich mitgestaltete, in seiner Autobiografie mehrfach. Sie bildete den Aufhänger dafür, sich in der Rückschau mit dem eigenen Handeln, Denken, dem Zuschauen, Zuhören, Schreiben, Einschätzen und Abschirmen auseinanderzusetzen. »So etwas tut kein guter Bundesrepublikaner!«⁸⁵ In dieser Setzung steckten Selbstverständnis und -disziplinierung. Sie verdeutlicht, dass es lange genug ausgeschlossen blieb, wohlwollend und positiv von politisch Andersdenkenden zu sprechen und zu schreiben, die Wiederaufbauerfolge im sozialistischen Teilstaat zu loben oder die Nachgeschichten des Nationalsozialismus allzu oft und stark an den personellen, institutionellen und sprachlichen Kontinuitäten aufzuzeigen.

Kappen, Kloft und Krueger (als Ingenieure der Verlautbarung) waren Anschieber, die die Maschine staatlicher Öffentlichkeitsarbeit in Rotation hielten. Bismarck, Eberhard und Hess (als Intendanten), Dietrich, Hartmann und Pross (als Journalisten) funktionierten darin als Kettenglieder, die Informationen, Nachrichten und Mitteilungen zu Medienstoffen, Sendungen und Programmen umarbeiteten oder andere dazu anregten. Sie verstanden sich nicht als Befehlsempfänger, sondern als Erklärer und Aufklärer von Sachverhalten, die die öffentlichen Belange und die innen- und außenpolitischen Überzeugungen berührten. Wenige, darunter beispielsweise der spätere Westberliner Publizistikprofessor Pross, wechselten tatsächlich ihre Perspektiven:

Wie gut, daß ich für mich die Mitgliedschaft in einer Partei und den Journalismus für unvereinbar gehalten hatte! Meinungsbildung geht ins Offene. Ihre Deutungen können angenommen werden oder nicht. Willensbilder verengen notwendig das Feld der Meinungen für ihre Zwecke. Journalisten, die das tun, werden zu Werbern, Maskenbildnern, Propagandisten, Öffentlichkeitsarbeitern. Das hatte ich als ›kalter Krieger‹ an mir selber erfahren und erst im Abstand korrigieren können.⁸⁶

85 Ebd.

86 Ebd.

In der doppel-deutschen Nachkriegsgesellschaft kreuzten sich Öffnungen und Abgrenzungen. Internationalisierungen trafen auf (Re-)Nationalisierungen. Liberalisierungen, die oft genug als Amerikanisierungen verstanden und diskreditiert wurden, brachen sich an mentalen Verteidigungslinien dessen, was als ›deutsch‹ konstruiert, überliefert und weitergegeben worden war.⁸⁷ In Verklärungen und Abgrenzungen verdichtete sich das Temporäre zum Dauerhaften. In solchen Spannungsverhältnissen bewegten sich die, in viele Richtungen und Vergangenheiten weisenden Erinnerungslandschaften der nachnationalsozialistischen (west-)und (ost-)deutschen Gesellschaft(en).⁸⁸ In der Kontaktzone Bonn war Belastung und Belastetheit eine Ressource. Sie schuf Vertrauen und förderte Kollaborationen. Dabei muss die Freiheit der Presse und des Rundfunks bzw. des Fernsehens immer wieder neu erkämpft und bekräftigt werden. Das Bundesverfassungsgericht urteilte im Februar 1961, dass die Bundesländer allein und ausschließlich die Rundfunkhoheit besäßen und, falls ein Zweites Deutsches Fernsehen gegründet werden sollte, könnten dies nur die Länder in einem Staatsvertrag vollziehen, welchen die Landesparlamente dann durchwinkten.⁸⁹ Das kennzeichnete die vollständige Abkehr von den medienpolitischen Weichenstellungen, die während der Weimarer Republik eingerichtet und getroffen worden waren.⁹⁰ Jedoch blieben in den Auslegungen des Rundfunk- und Medienrechtes, die das Bundeskanzleramt und das Bundesinnenministerium vertraten, die in den 1920er Jahren etablierten Festlegungen weiterhin gültig.⁹¹ Nach einem weiteren Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (1968) rangen sich die Bundesländer bis 1970 tatsächlich dazu durch, über einen weiteren Staatsvertrag abzustimmen. Dieser regelte die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks neu und legte einen Verteilungsschlüssel für die Einnahmen fest, was beides ja bis in die Gegenwart für reichlich Streit, öffentliche Auseinandersetzung und Winkelzüge sorgt. Bis 1975 zog die Deutsche Bundespost weiterhin die Gebühren ein. Erst danach, also 1976, hatten die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-

87 C. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung; Ders.: Zwei Staaten. Eine Nation; T. Holzhauser: Demokratie.

88 M. Rothberg: Multidirektionale Erinnerung.

89 G. Zehner: Der Fernsehstreit, S. 56–122.

90 A. Sobbe: »Die Einführung des Rundfunks in Deutschland«, in: W. F. Haug, Massen, Medien, Politik, S. 115–149.

91 S. Palm: »Auf der Suche nach dem starken Staat«, in: F. Bösch/A. Wirsching, Hüter der Ordnung, S. 594–634; S. Palm: Fördern und Zensieren.

rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands und das Zweite Deutsche Fernsehen die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) gebildet.⁹² Zumindest mit Blick auf die staatsrechtliche Trennung von Medien und Staat beginnt erst dann die Bonner Republik.

Literatur

- Allemann, Fritz René: Bonn ist nicht Weimar, Köln 1957.
- Altmann, Rüdiger: Die Formierte Gesellschaft – Für Männer: Überzeugen ist unfruchtbar. Den Freunden des Verlages, Stuttgart 1965.
- Appadurai, Arjun: *Modernity at large. Cultural dimensions of globalization*, Minneapolis, MN 1996.
- Aurich, Rolf: *Die Degeto und der Staat. Kulturfilm und Fernsehen zwischen Weimar und Bonn*, München 2018.
- Baring, Arnulf: *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, München 1969.
- Bausch, Hans: *Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik. 1923–1933*, Tübingen 1956.
- Bernard, Birgit: »Klaus von Bismarck«, in: Internetportal Rheinische Geschichte, Bonn/Köln 2017. Siehe <https://rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/klaus-von-bismarck-/DE-2086/lido/57c583816b8971.70468958,28.07.2024>.
- Bernays, Edward L. (Hg.): *The Engineering of Consent*, Norman, OK 1955.
- Betz, Hans-Walther/Neumann, Carl/Belling, Curt: *Film-»Kunst«, Film-Kohn, Film-Korruption. Ein Streifzug durch 4 Film-Jahrzehnte*, Berlin 1937.
- Binz, Gerrit: *Filmzensur in der deutschen Demokratie: sachlicher Wandel durch institutionelle Verlagerung von der staatlichen Weimarer Filmprüfung auf die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft in der Bundesrepublik?*, Trier 2006.
- Bösch, Frank/Wirsching, Andreas (Hg.): *Die Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus*, Göttingen 2018.
- Boyce, Travis D.: *Historicizing fear. Ignorance, vilification, and othering*, Louisville, CO 2019.

92 Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages: *Rundfunkgebühren in Deutschland*, S. 6.

- Braun, Jutta/Freund, Nadine/Mentel, Christian/Take, Gunnar: Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit, Göttingen 2025.
- Bremer, Stephanie Sophia: »Die Rechtsprechungspraxis des Sondergerichts Köln. erste Erkenntnisse einer empirischen Studie«, in: Justizministerium des Landes NRW (Hg.), »... eifrigster Diener und Schützer des Rechts, des nationalsozialistischen Rechts...«, Düsseldorf 2007, S. 73–108.
- Bülöw, Gerda von (Hg.): Kontaktzone Balkan, Bonn 2015.
- Bundesarchiv (Hg.): Pressemitteilung. Pressemitteilung »Zentrale deutsche Behörden und der Nationalsozialismus«. Tagung von Bundesarchiv, Institut für Zeitgeschichte und Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Berlin, Akademie der Künste, 25–26.10.2022. Siehe https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Pressemitteilungen/2022-10-19_zentrale-deutsche-behoerden-und-der-nationalsozialismus.html, 19.10.2022, 28.07.2024; »Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus«, in: H-Soz-Kult. Siehe <https://www.hsozkult.de/event/id/event-130295>, 14.10.2022, 28.07.2024.
- Cepl-Kaufmann, Gertrude/Grande, Jasmin/Rosar, Ulrich/Wiener, Jürgen (Hg.): Die Bonner Republik. 1945–1963. Die Gründungsphase und die Adenauer-Ära, Bielefeld 2018.
- Cepl-Kaufmann, Gertrude/Grande, Jasmin/Rosar, Ulrich/Wiener, Jürgen (Hg.): Die Bonner Republik 1960–1975. Aufbrüche vor und nach »1968«, Bielefeld 2020.
- Conze, Eckart/Frei, Norbert/Hayes, Peter/Zimmermann, Mosche (Hg.): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.
- Creuzberger, Stefan/Geppert, Dominik (Hg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Münster 2018.
- Daniel, Ute: Beziehungsgeschichten. Politik und Medien im 20. Jahrhundert, Hamburg 2018.
- Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/4628, Kleine Anfrage der [...] Fraktion DIE LINKE, Umgang mit Verschlusssachen in Ministerien und Behörden des Bundes bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, Berlin 09.04.2015. Siehe <https://dserver.bundestag.de/btd/18/046/1804628.pdf>, 09.04.2015, 28.07.2024.
- Diller, Ansgar: Rundfunkpolitik im Dritten Reich, München 1980.

- Dietrich, Wolf: siehe [https://reportagen.fandom.com/wiki/Wolf_Dietrich_\(Journalist\)](https://reportagen.fandom.com/wiki/Wolf_Dietrich_(Journalist)), 28.07.2024.
- Dr. Fritz Kubach (21.5.1912). Siehe <https://gepris-historisch.dfg.de/person/5106784>, 28.07.2024.
- Frank, Michael C.: »Contact zone«, in: Ansgar Nünning (Hg.), Metzler Lexikon Literatur- und Kulturtheorie: Ansätze – Personen – Grundbegriffe. 5. Auflage, Stuttgart/Weimar 2013, S. 109–110.
- Frei, Norbert: Im Namen der Deutschen. Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit, München 2023.
- Garner, Curt: »Public Service Personnel in West Germany in the 1950s. Controversial Policy Decisions and Their Effects on Social Composition, Gender Structure, and the Role of Former Nazis«, in: Journal of Social History, 29 (1995) 1, S. 25–80. Siehe <https://www.jstor.org/stable/3788709>, 28.07.2024.
- Gatzka, Claudia: »Geschichten wider den Osten«, in: Merkur 77, 893 (Oktober 2023), S. 5–18. URL: <https://www.soziopolis.de/zeitschriften/aktuelle-ausgaben/ausgabe/merkur-893-2023-10.html>, 28.07.2024.
- Geulen, Christian: »Bundesrepublikanismus«, in: Merkur 77, 893 (Oktober 2023), S. 19–33. <https://www.merkur-zeitschrift.de/artikel/bundesrepublikanismus-a-mr-77-10-19/>, 28.07.2024.
- Görtemaker, Manfred/Safferling, Christoph: Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016.
- Goffman, Erving: Behavior in Public Places. Notes on the Social Organization of Gatherings, New York, NY 1963.
- Griem, Julika: »Wissenschaftskommunikation als Kontaktzone und Kontaktzone«, in: Zeitschrift für Literaturwissenschaftliche Linguistik 52 (2022), S. 423–441.
- Happel, Jörn: Der Ost-Experte. Gustav Hilger – Ein Diplomat im Zeitalter der Extreme, Paderborn 2018.
- Heidenreich, Bernd/Neitzel, Sönke (Hg.): Medien im Nationalsozialismus, Paderborn 2010.
- Hellwig, Christian: Die inszenierte Grenze. Flucht und Teilung in westdeutschen Filmnarrationen während der Ära Adenauer, Göttingen 2018.
- Herbert, Ulrich (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002.
- Hodenberg, Christina von: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit, 1945 bis 1973, Göttingen 2006.

- Hoeres, Peter: Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt, München 2013.
- Holdenried, Michaela: »Kontaktzone (>contact zone<)«, in: Dirk Göttsche/Axel Dunker/Gabriele Dürbeck (Hg.): Handbuch Postkolonialismus und Literatur, Stuttgart 2017, S. 175–177.
- Holzhauser, Thorsten: Demokratie, Nation, Belastung. Kollaboration und NS-Belastung als Nachkriegsdiskurs in Frankreich, Österreich und Westdeutschland, Berlin/Boston, MA 2022.
- Hürter, Joachim/Mayer, Michael (Hg.): Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur, Berlin/München/Boston, MA 2014.
- Hostettler, Karin: Kritik – Selbstaffirmation – Othering, Bielefeld 2020.
- Institut für Demoskopie Allensbach (Hg.), Die soziale Wirklichkeit. Aus einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie, Allensbach 1956.
- Jacobsen, Wolfgang: »Einführung«, in: CineGraph Babelsberg. Berlin-Brandenburgisches Centrum für Filmforschung e.V (Hg.), Wiederentdeckt, Nr. 298, 07.01.2022. Siehe https://www.dhm.de/assets/Zeughauskino/Download/Filmb%3%A4tter_Wiederentdeckt/2022/Wiederentdeckt_298_-_2022_Ziel_in_den_Wolken.pdf, 28.07.2024.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1986.
- Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten. Eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1991.
- Kurtz, Angelika: »Zwei Mütter«, in: Der Spiegel 37 (07.09.1965). Siehe <https://www.spiegel.de/politik/zwei-muetter-a-765f286f-0002-0001-0000-000046274021>, 28.07.2024.
- Lerg, Winfried B.: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980.
- Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020.
- Mentel, Christian/Weise, Niels: Stellungnahme. Öffentliche Anhörung am 1. Juni 2016 zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Unabhängige Historikerkommission zur Geschichte des Bundeskanzleramtes einsetzen. BT-Drucksache 18/3049. Ausschussdrucksache 18(22)144. Siehe: https://www.bundestag.de/resource/blob/426336/5f6bab693e0afo05a0883e7ae1954629/Mentel_Weise-data.pdf, 30.05.2016, 28.07.2024.
- Mentel, Christian/Weise, Niels: Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung, München/

- Potsdam 2017. Siehe https://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Neuigkeiten%202016/2016_02_13_ZZF_IfZ_PM_BKM-Studie_FINAL_Neu.pdf, 28.07.2024.
- Mentel, Christian/Weise, Niels: »Die NS-Vergangenheit deutscher Behörden«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 14–15 (2017), S. 16–21; siehe Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, 2017. Siehe <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1142>, 28.07.2024.
- Mentel, Christian: »Drei Vorschläge für eine zukünftige Behördenforschung. Eine Intervention zur Forschungspraxis«, in: *Zeitgeschichte-online*. Siehe <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/drei-vorschlaege-fuer-eine-zukuenftige-behoerdenforschung>, Juni 2021, 28.07.2024.
- Möller, Horst/Bitterlich, Joachim/Corni, Gustavo/Kießling, Friedrich/Münkel, Daniela/Schlie, Ulrich (Hg.): *Agrarpolitik im 20. Jahrhundert. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Vorgänger*, Berlin/Boston, MA 2020.
- Nathans, Eli: *Peter von Zahn's. Cold War Broadcasts to West Germany. Assessing America*, Cham 2017.
- Niethammer, Lutz: *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns*, Berlin/Bonn 1982.
- Nietzel, Benno: *Die Massen lenken. Propaganda, Experten und Kommunikationsforschung im Zeitalter der Extreme*, Berlin 2023.
- o.A.: »Berlin 1965 – Vier Jahre nach dem Mauerbau«, WDR-Archiv 13.08.1965, in: *Westdeutscher Rundfunk Köln* (Hg.): *Planet Wissen*, 11.05.2023. 02:01 Min. Siehe <https://www1.wdr.de/mediathek/video-berlin---vier-jahre-nach-dem-mauerbau-100.html>, 28.07.2024.
- Oberreuter, Heinrich: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.« Carl Schmitt in der Agonie der Weimarer Republik, in: Udo Wengst/Andreas Wirsching (Hg.), *Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller*, München 2008, S. 163–176.
- Palm, Stefanie: »Auf der Suche nach dem starken Staat. Die Kultur-, Medien- und Wissenschaftspolitik des Bundesinnenministeriums«, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hg.), *Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus*, Göttingen 2018, S. 594–634.
- Palm, Stefanie: *Fördern und Zensieren. Medienpolitik des Bundesinnenministeriums nach dem Nationalsozialismus*, Göttingen 2023.

- Pohle, Heinz: Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923/38, Hamburg 1955.
- Praetorius-Rhein, Johannes/Wohl von Haselberg, Lea (Hg.): Einblendungen. Elemente einer jüdischen Filmgeschichte der Bundesrepublik, Berlin 2022.
- Pratt, Mary Louise: »Arts of the Contact Zone«, in: Profession 1991, S. 33–40.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Pressemitteilung. 14.08.2017. Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zentraler Behörden – Start der Forschungsprojekte. Siehe <https://polit-x.de/en/documents/421938/germany/federal-level/federal-government/federal-ministries/federal-government/pressemitteilungenbpa-2017-08-14-aufarbeitung-der-ns-vergangenheit-zentraler-behorden-start-der-forschungsprojekte>, 28.07.2024.
- Pross, Harry: Memoiren eines Inländers, 1923–1993, München 1993.
- Rothberg, Michael: Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung, Berlin 2020.
- Ruhkopf, Jan: Institutionalisierte Unschärfe. Ordnungskonzepte und Politisches Verwalten im Bundesvertriebenenministerium (1949–1969), Göttingen 2023.
- Salomon, Ernst von: Der Fragebogen, Reinbek 1951.
- Scheurle, Christoph: Die deutschen Kanzler im Fernsehen. Theatrale Darstellungsstrategien von Politikern im Schlüsselmedium der Nachkriegsgeschichte, Bielefeld 2009.
- Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.
- Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.
- Schildt, Axel: Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik, Göttingen 2020.
- Schmitt, Carl: Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931.
- Schwarz, Angela/Stahl, Heiner: Kontaktzone Bonn. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die staatliche Öffentlichkeitsarbeit 1949–1969, Göttingen 2023.
- Schütz, Erhard: Mediendiktatur Nationalsozialismus, Heidelberg 2019.
- Sobbe, August: »Die Einführung des Rundfunks in Deutschland«, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.), Massen, Medien, Politik, Berlin/Karlsruhe 1976, S. 115–149.

- Stahl, Heiner: *Jugendradio im kalten Ätherkrieg. Berlin als eine Klanglandschaft des Pop (1962–1973)*, Berlin 2010.
- Stahl, Heiner: »Der Osten: Von Gegenwartsbezeichnungen und Verortungen der Vergangenheit. Die Medienerzählungen westdeutscher Fernsehanstalten in den 1960er Jahren«, in: *Rundfunk und Geschichte* 49, 3–4 (2023), S. 48–61.
- Steinbrink, Malte/Aufenvenne, Philipp: Über Othering, Entgrenzung und Mainstreaming der neuen Kulturgeographie, in: *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft (MÖGG)*, Bd. 159 (2017), S. 83–104.
- Sternfeld, Nora: *Kontaktzonen der Geschichtsvermittlung. Transnationales Lernen über den Holocaust in der postnazistischen Migrationsgesellschaft*, Wien 2013.
- Sternfeld, Nora: »Errungene Erinnerungen: Gedenkstätten als Kontaktzonen«, in: Daniela Allmeier et al. (Hg.), *Erinnerungsorte in Bewegung. Zur Neugestaltung des Gedenkens an Orten nationalsozialistischer Verbrechen*, Bielefeld 2016, S. 77–100.
- Vogt, Rüdiger (Hg.): *Ausnahmezustand – Carl Schmitts Lehre von der kommissarischen Diktatur*, Baden-Baden 2019. Siehe https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783845298702.pdf?download_full_pdf=1, 28.07.2024.
- Werner, Ana Lena: Tagungsbericht, »Die zentralen deutschen Behörden nach dem Nationalsozialismus. (Dis-)Kontinuitäten im Denken und Handeln«, in: *H-Soz-Kult*. Siehe <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-127234>, 26.02.2020, 28.07.2024.
- Werner, Michael/Zimmermann, Bénédicte: »Penser l'histoire croisée. Entre empirie et réflexivité«, in: *Annales. Histoire, Sciences Sociales* 58,1 (2003), S. 7–36.
- Werner, Michael/Zimmermann, Bénédicte: »Beyond Comparison. Histoire Croisée and the Challenge of Reflexivity«, in: *History and Theory* 45,1 (2006), S. 30–50.
- Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages (Hg.), *Rundfunkgebühren in Deutschland Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – Ausarbeitung*. Fachbereich WD 10: Kultur, Medien und Sport. Sachstand WD 10–026/08, Berlin, 24.04.2008, S. 1–14. Siehe <https://www.bundestag.de/resource/blob/413500/da9fado437afd2ecccc2475d5909c83d/WD-10-026-08-pdf.pdf>, 28.07.2024.
- Zehner, Günter (Hg.): *Der Fernsehstreit vor dem Bundesverfassungsgericht. Eine Dokumentation des Prozessmaterials*, Karlsruhe 1964.

Zimmermann, Bénédicte: »Histoire Croisée. A Relational Process-Based Approach«, in: *Footprint. Delft Architecture Theory Journal* 14,1 (2020), S. 7–13.

Archivquellen

Archiv der Christlich-Demokratischen Politik St. Augustin (ACDP), 01–564-013/2, Nachlass Werner G. Krueger, Organigramm des Presse- und Informationsamtes, November 1950.

Bundesarchiv Koblenz (BArch), B 136/3907, Deutsches Fernsehen, Programmdirektion, Ost-West-Themen, 1.1.1965–30.06.1966, Köln Juli 1966, S. 1–25.

BArch, B 136/3907, Lothar Hartmann, Deutsches Fernsehen, Programmkoordination, an Vorsitzenden der ARD, Werner Hess, Intendant des Hessischen Rundfunks, Betr.: Auflistung der Reihentitel »Ost und West«, München, 22.08.1966, S. 1–2.

BArch, B 136/3907, Zusammenfassung zum Auszug aus dem Fünfjahresplan des WDR über den gesamtdeutschen Auftrag des gesamten föderativen Rundfunkwesens in der Bundesrepublik, Durchschlag an Dr. Enseling, o.O. (Bonn), o.D. (September 1966), S. 1–2.

BArch, B 145/1412, Sammelakte Deutsche Reportage-Film »Fernsehen«.

Bundesarchiv Berlin (BArch), R 9361-II/343220, Klaus von Bismarck, 6.3.1912.

BArch, R 9361-II/493092, NSDAP, Gauleitung Köln-Aachen, Gauschatzmeister, Kartei-Abteilung, an Reichsleitung der NSDAP, Kartei-Abteilung, München, Betr.: Pg. Dr. Richard Kappen, Mitglied-Nr. 695 475, Köln, 27.03.1936, S. 1.

BArch, R 9361-I/19497, NSDAP-Gau-Gericht Köln-Aachen, II. Kammer, Jurisch, an das Oberste Parteigericht der NSDAP, Zentralamt, München, Betr.: Einstweilige Verfügung in Sachen des Dr. Richard Kappen, früher Bonn, jetzt unbekannten Aufenthalts, Mitgliedsnummer 695 475, Köln, 28.04.1939, S. 1.

BArch, R 9361-V/144947, Dr. Richard Kappen an Military Government of Germany, Nachrichtenkontrolle/Information Control, Antrag Gründung »Leucht-Turm. Verlag, Bonn, (November 1947), Bl. 1102–1116.

Südwestdeutscher Rundfunk, Historisches Archiv des Süddeutschen Rundfunks, Stuttgart

SWR, HA SDR, 00–00457, (Handakten Eberhard), Bl. 137–142.

SWR, HA SDR, 02–00221, (Handakten Bausch), Front und Heimat Nr. 39, 1944.